

Protokoll:

Der Vorsitzende führt an, dass von den neun Städtepartnerschaften der Stadt Koblenz derzeit lediglich vier über eine funktionierende Vereinsstruktur verfügen. Angesichts dieser Entwicklung betont er die Notwendigkeit eines neuen, zukunftsfähigen Ansatzes für die Ausrichtung der Städtepartnerschaften in Koblenz. Ziel ist es, unter städtischer Koordination eine einheitliche Struktur zu schaffen, um eine effektivere und nachhaltigere Zusammenarbeit zwischen den bestehenden Partnerschaftsvereinen zu ermöglichen.

Im Zuge dessen wird die Gründung eines Dachverbands angestrebt, in welchen die bestehenden Vereine perspektivisch aufgehen oder Vertreter:innen entsenden können. In der Konferenz der Freundschaftskreise am 13. Mai 2025 wurde ein deutliches Interesse an einem solchen gemeinsamen Weg signalisiert. Der überwiegende Tenor sprach sich für eine Einbindung in eine übergeordnete Struktur aus, wobei jedoch ausdrücklich betont wurde, dass kein Zwang zum Beitritt in den neuen Dachverband besteht. Die bisherige Vereinsstruktur kann auf Wunsch beibehalten werden, und eine Beteiligung einzelner Mitglieder oder engagierter Einzelpersonen ist ebenfalls vorgesehen.

Der Dachverband soll als verbindende Struktur zwischen der kommunalen Ebene und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen fungieren. Die Stadt übernimmt hierbei eine organisatorische Rolle, versteht sich jedoch nicht als alleiniger Impulsgeber, sondern vielmehr als unterstützender Partner.

RM Flöck erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach dem thematischen Schwerpunkt der künftigen Städtepartnerschaftsarbeit sowie nach der Haltung der jeweiligen Partnerstädte zu dem angestrebten Strukturwandel. Der Vorsitzende erklärt, dass insbesondere die Bereiche Bildung, Sport und Vereinsarbeit im Fokus der weiteren Entwicklung stehen. Bezüglich der Sichtweise der Partnerstädte kündigt er an, dass in den kommenden Wochen der direkte Kontakt aufgenommen werde, um vor Ort Rückmeldungen einzuholen und eine Einschätzung zur aktuellen Situation und zur möglichen Neuausrichtung der Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Der von der Verwaltung eingeschlagene Weg wird durch die Ausschussmitglieder grundsätzlich begrüßt.